

Wir wollen hier **wohnen** bleiben! Wir Mieter sagen **Nein** zu den **Mieterhöhungen**.

Liebe Mieter der ABG Holding und der GWH in Bockenheim!

An Alle Mieter, die von den Mieterhöhungen betroffen sind! Liebe Nachbarn!

Viele von Ihnen haben in den letzten Wochen eine Mieterhöhung erhalten und gleichzeitig eine Aufforderung der Erhöhung zuzustimmen. Viele Mieter machen sich große Sorgen, wie sie diese ständig steigenden Mieten weiter bezahlen sollen. In der Wohnung bleiben zu können und nicht aus dem Stadtteil verdrängt zu werden, ist existenziell und es ist sehr wichtig dafür einzutreten.

Die Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter beziehen sich bei der Begründung der Mieterhöhung auf die Lagenzuschläge aus dem Mietspiegel 2010 und 2012.

Wir erinnern uns:

Der Mietspiegel 2010, der erst 2011 in Kraft getreten ist (wegen erheblicher Probleme seitens des von der Stadt beauftragten Instituts InWIS die nötigen Erhebungsdaten zu liefern) führte bereits Ende 2011 zu massiven Mieterhöhungen in den Innenstadtbereichen und in Bockenheim.

Erstmals wurden hier Lagenzuschläge eingeführt, die überhaupt nichts mit der Qualität der Wohnlage und Wohnumgebung zu tun hatten.

Neben der Gefahr von massiven Mieterhöhungen durch Sanierungen und der darauf folgenden vielerorts stattfindenden Verdrängung von einkommensschwachen Mietern, hat die Stadt Frankfurt mit den Lagenzuschlägen ein eigenes Instrument geschaffen, das es den Vermietern erlaubt ohne jegliche Leistung die Mieten beträchtlich hochzusetzen.

1,24 Euro beim Mietspiegel 2010 und 1,29 Euro beim verlängerten und verteuerten Mietspiegel 2012 (4 Prozent) in Bockenheim.

Der starke Protest gegen diese Lagenzuschläge führte dazu, dass die Stadt Frankfurt ankündigte, diese komplett neu untersuchen zu lassen.

Die Stadt hat auch das Institut, das den Mietspiegel mit Daten untermauern sollte, jetzt nicht mehr beauftragt, sondern das Institut gewählt, das die bisherigen Mietspiegel vor 2010 angefertigt hat. Konsequenz wäre dann aber auch, diese Lagenzuschläge jetzt zurückzunehmen und dafür zu sorgen, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft als erste diese nicht mehr anwendet. Dafür müssen wir noch etwas tun:

- Nehmen wir uns Zeit mit der Zustimmung zur Mieterhöhung. Sie haben dafür zwei Monate, nehmen Sie sich diese Zeit!
- Reden Sie mit ihren Nachbarn und anderen Betroffenen!
- Möglichst viele Menschen sollten Ortsbeiräte und Stadtverordnete ansprechen oder anschreiben und diese über die bedrohliche Situation informieren und ihre Unterstützung einfordern. Auf der Rückseite finden Sie unseren Brief an OB Feldmann und die Stadtverordneten.
- Lasst uns gemeinsam durch Protest erreichen, die Lagenzuschläge außer Kraft zu setzen!
- Halten Sie Kontakt mit der Mieterinitiative im Stadtteilbüro!

Mieterinitiative im Stadtteilbüro
Nächstes Treffen:
Mittwoch, 12. Dezember, 19 Uhr
Leipziger Straße 91